

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Norbert Müller (Potsdam),
Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/15018 –**

Entwicklung der Kosten für die frühkindliche Bildung und Betreuung

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Dezember 2008 trat das Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) in Kraft (Bundestagsdrucksache 16/9299 und 16/10173). Es beinhaltet neben dem individuellen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres ab dem 1. August 2013 umfangreiche finanzielle Zusagen des Bundes zur Förderung des Ausbaus und Betriebs entsprechender Einrichtungen. Der Bund sicherte seinerzeit zu, ein Drittel der anfallenden Mehrkosten von 12 Mrd. Euro für die frühkindliche Bildung und Betreuung zu übernehmen. Der verabschiedete Gesetzentwurf sah hierzu die Einrichtung eines Sondervermögens für Investitionskosten in Höhe von 2,15 Mrd. Euro (Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ [Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz] – KBFZG) sowie die Übernahme von laufenden Kosten in Höhe von 1,85 Mrd. Euro durch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vor. Mit diesen Investitionen sollte der Rechtsanspruch zum 1. August 2013 unterstützt werden. Das Finanzausgleichsgesetz sah weitere Entlastung ab 2014 von Anfangs 770 Mio. Euro vor (vgl. Bundestagsdrucksache 16/9299).

Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat nach Ansicht der Fragesteller gezeigt, dass der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung noch immer nicht den Erfordernissen entspricht. Gleichzeitig wird neben den bestehenden quantitativen Defiziten zusehends über qualitative Erfordernisse in den Einrichtungen diskutiert. Die Kosten für die frühkindlichen Bildung und Betreuung steigen derweil kontinuierlich an und dominieren zusehends die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe, wie u. a. das Statistische Bundesamt anhand der Kostenentwicklung für das Jahr 2017 ausführt: „Der größte Teil der Bruttoausgaben (65 %) entfiel mit rund 31,4 Mrd. Euro auf die Kindertagesbetreuung, das waren knapp 2 Prozentpunkte mehr als 2016. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von rund 2 Mrd. Euro wurden netto 29,3 Mrd. Euro für Kindertagesbetreuung ausgegeben. Das waren 10,4 % mehr als im Vorjahr.“ (vgl. www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderhilfe-Jugendhilfe/aktuell-kinder-jugendhilfe-ausgaben.html). Der Großteil der Kostensteigerung verbleibt bei Ländern und Kommunen. Das sogenannte Gute Kita-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 26. November 2019 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Gesetz sichert eine weitere, aber befristete finanzielle Unterstützung durch den Bund zu, die nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller nicht ausreichend ist, um den Erfordernissen gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund vertreten die Fragestellerinnen und Fragesteller die Auffassung, dass der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung zusehends zu Lasten anderer Angebote der Kinder- und Jugendhilfe geht und eine stärkere Beteiligung des Bundes bei dem weiteren Ausbau sowie den Betriebsausgaben dringend geboten ist. Die ist um so mehr erforderlich vor dem Hintergrund der Einführung eines Rechtsanspruches auf Ganztagesbetreuung auch im Grundschulbereich, der mit weiteren Kosten für Länder und Kommunen verbunden ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Kinder- und Jugendhilfe ist für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland von zentraler Bedeutung: Fast jedes Kind in Deutschland wird in einer Kindertageseinrichtung oder in einer Kindertagespflege betreut und gefördert. Mehr als eine Millionen junge Menschen haben im Jahr 2018 erzieherische Hilfen erhalten. Die Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe erreichen nahezu alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Wenn die Sachverständigenkommission zum 14. Kinder- und Jugendbericht feststellt, dass es den Kindern und Jugendlichen in Deutschland im Schnitt noch nie so gut wie heute ging (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12200, S. 53), dann ist dies auch Ausdruck einer leistungsstarken Kinder- und Jugendhilfe, die ihren gesetzlichen Auftrag der Förderung der Entwicklung junger Menschen und ihrer Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit erfüllt. Der Bundesregierung ist es ein zentrales Anliegen, dass die Kinder- und Jugendhilfe auch in Zukunft diesen Auftrag leistungsstark und wirkungsvoll erfüllen kann. In welchen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe Weiterentwicklungsbedarfe bestehen und wie diesen Rechnung zu tragen ist, dies muss anhand der Lebenslagen, Herausforderungen und Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien von heute beantwortet werden. Dabei kommt dem Aufgabenfeld der Kindertagesbetreuung eine zentrale Bedeutung zu. Gleichmaßen bestehen aber auch in Bezug auf andere Aufgaben und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, welche die Fragesteller in ihrer Vorbemerkung als „andere Angebote“ bezeichnen, Weiterentwicklungsbedarfe. So ist ein nicht unerheblicher Anteil der Erzieherinnen und Erzieher in der Heimerziehung tätig.¹

Es gilt, sämtliche Arbeitsfelder des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VIII) bestmöglich zu befördern – die notwendigen Grundlagen hierfür hat die Bundesregierung mit dem Dialogprozess „Mitredden – Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ gewonnen.

Über ein Jahr lang sind Expertinnen und Experten, die auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene, in Fachverbänden und Fachorganisationen, in Wissenschaft und Forschung, bei öffentlichen oder freien Trägern, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Behindertenhilfe und in der Gesundheitshilfe Verantwortung für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen übernehmen, der Frage nach notwendigen Verbesserungen für junge Menschen und ihre Familien nachgegangen. Auf dieser Grundlage wird die Bundesregierung 2020 eine Gesetzesinitiative starten.

¹ Ausführlich hierzu: Züchner, Ivo; Schmidt, Thilo; Bröring, Manfred: Berufliche Platzierung und Beschäftigungsbedingungen von Erzieher(inne)n und Kindheitspädagog(inn)en nach Ausbildung bzw. Studium, in: Fuchs-Rechlin, Kirsten et al.: Was kommt nach Ausbildung und Studium? Untersuchungen zum Übergang von Erzieherinnen und Kindheitspädagoginnen in den Arbeitsmarkt, Wiesbaden 2017, S. 151 bis 178.

1. Wie haben sich die Ausgaben für die Kinderbetreuung seit 2008 entwickelt (bitte nach Jahren, Gesamtausgaben, Gesamtausgaben abzüglich Einnahmen z. B. durch Elternbeiträge und wenn möglich nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Entwicklung der öffentlichen Gesamtausgaben zwischen 2008 und 2017 für die Kindertagesbetreuung ist in Tabelle 1 (Anlage 1) ersichtlich. In der Kinder- und Jugendhilfestatistik der Ausgaben und Einnahmen wird für die Einnahmen nur teilweise nach den Hilfearten differenziert, sodass die Einnahmen für Kindertagesbetreuung nicht identifizierbar sind. Aus diesem Grund können nicht die gesamten Einnahmen abgezogen werden.

Tabelle 2 in Anlage 1 enthält die Einnahmen, die in der KJH-Statistik als Einnahmen für Tageseinrichtungen für Kinder ausgewiesen werden. Dabei handelt es sich jedoch nur um einen Teil der Einnahmen für die Kindertagesbetreuung.

2. Wie werden sich die Ausgaben für die Kinderbetreuung nach Kenntnis bzw. Einschätzung der Bundesregierung in den kommenden Jahren entwickeln (bitte nach Jahren, Gesamtausgaben, Gesamtausgaben abzüglich Einnahmen z. B. durch Elternbeiträge und wenn möglich nach Bundesländern aufschlüsseln)?
3. Wodurch wird nach Auffassung der Bundesregierung die Ausgabenentwicklung beeinflusst?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bund kann zur zukünftigen Ausgabenentwicklung keine Prognose treffen. Die Entwicklung der Ausgaben hängt von vielen Rahmenbedingungen ab, die in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich sind, so unter anderem:

Betreuungsbedarfe/Anzahl der zu betreuenden Kinder, Gruppengrößen, zeitlicher Umfang der Betreuung, Personalschlüssel in der Einrichtung, Entwicklung von Bau-, Sanierungs- und Ausstattungskosten, Entwicklung der Betriebskosten allgemein, Umsetzung von Qualitätssteigerungen in der Betreuung, die Befreiung der Eltern von Beiträgen zur Kindertagesbetreuung.

4. Wie hat sich die finanzielle Unterstützung des Bundes an den laufenden Ausgaben bzw. Betriebskosten durch das Finanzausgleichsgesetz für die Kinderbetreuung seit 2008 entwickelt (bitte nach Jahren und wenn möglich nach Bundesländern aufschlüsseln)?
5. Wie wird sich die finanzielle Unterstützung des Bundes an den laufenden Ausgaben bzw. Betriebskosten durch das Finanzausgleichsgesetz für die Kinderbetreuung nach Kenntnis bzw. Einschätzung der Bundesregierung bis 2025 entwickeln (bitte nach Jahren und wenn möglich nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nachstehende Tabelle gibt die seit 2009 auf dem Weg der vertikalen Umsatzsteuerverteilung an die Länder transferierten Finanzmittel an, die der Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Länder zugerechnet werden (in Mio. Euro):

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
100	200	350	500	719	808	845	845	945	945	845

Für die Jahre 2016 bis 2018 sind darüber hinaus diejenigen Beträge zu berücksichtigen, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes im Bundeshaushalt frei wurden und die den Ländern ebenfalls zur Verbesserung der Kinderbetreuung auf dem Weg der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zur Verfügung gestellt wurden (in Mio. Euro):

2016	2017	2018
339	774	870

An den Betriebskosten beteiligt sich der Bund weiterhin dauerhaft im Wege der Umsatzsteuerverteilung mit jährlich 845 Mio. Euro. Die Mittel fließen den Ländern weiterhin auf dem Weg der vertikalen Umsatzsteuerverteilung (§ 1 des Finanzausgleichsgesetzes) zu; die Aufteilung auf die einzelnen Länder richtet sich nach dem Einwohnerschlüssel zum 30. Juni des jeweiligen Jahres.

Die Tabelle in Anlage 2 stellt die Gesamtübersicht der Investitions- und Umsatzsteuermittel von 2008 bis einschließlich 2020 dar.

6. Wie hat sich die finanzielle Unterstützung des Bundes an den Kosten für Investitionen in den Neu- und Ausbau von Betreuungsplätzen z. B. durch Sondervermögen und Sonderprogramme seit 2008 entwickelt (bitte nach Jahren und nach Bundesländern aufschlüsseln)?
7. Wie wird sich die finanzielle Unterstützung des Bundes an den Kosten für Investitionen in den Neu- und Ausbau von Betreuungsplätzen z. B. durch Sondervermögen bzw. Sonderprogramme nach Planung der Bundesregierung bis 2025 entwickeln (bitte nach Jahren und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bund stellt den Ländern seit 2008 im Rahmen des Sondervermögens Kinderbetreuungsbaus Finanzhilfen i. H. v. insgesamt 4,4065 Mrd. Euro bereit. Mit den ersten drei Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ (2008 bis 2013, 2013 bis 2014 und 2015 bis 2018) wurde der bedarfsgerechte Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder vorangetrieben. Das vierte Investitionsprogramm (2017 bis 2020) umfasst den Ausbau zusätzlicher Plätze für Kinder bis zum Schuleintritt. Es wird auf die Tabellen zu den vier Investitionsprogrammen in den Anlagen 3 bis 6 sowie auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist weder eine Erhöhung der Finanzmittel der laufenden Maßnahmen noch ein sich anschließendes Investitionsprogramm geplant.

8. Welche weiteren Programme der Bundesregierung wurden seit 2009 mit dem Ziel, die Kinderbetreuung zu unterstützen, aufgelegt, wie z. B. KitaPlus, Sprachkitas etc. (bitte jeweils nach Programm, Laufzeit des Programmes, Jahren, Fördervolumen und wenn möglich Verteilung nach Bundesländern aufschlüsseln)?

In 2013 hat die Bundesregierung zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen des KfW-Förderprogramms Kita Ausbau eine zinsverbilligte Aufnahme von Krediten für Investitionen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung ermöglicht. Über 1.000 Kreditzusagen wurden getroffen, mit welchen über 28.000 Betreuungsplätze geschaffen bzw. erhalten werden. Die Kosten für die Zinsverbilligungen trägt der Bund.

Auch im Rahmen des Infrastrukturprogramms des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) können über Finanzhilfen an die Länder Investitionsmaßnahmen der frühkindlichen Infrastruktur gefördert werden. Das Programm läuft seit dem Jahr 2015 und endet mit Ablauf des Jahres 2020. Für die und Bewirtschaftung der Mittel und ihre Vergabe an die Kommunen sind die Länder zuständig. Nach der jährlichen Meldung der Länder an den Bund über den Stand der Umsetzung haben die Länder zum 30. Juni 2019 für Investitionen in die frühkindliche Bildungsinfrastruktur bislang 880 Mio. Euro vorgesehen. Die hierfür vorgesehene Bundesbeteiligung beträgt 545 Mio. Euro. Über das KInvFG können sämtliche Investitionen in die frühkindliche Infrastruktur gefördert werden (z. B. auch Errichtung von Außenanlagen), nicht nur die Sanierung und der Neubau.

Eine Übersicht zu Programmen der Bundesregierung seit 2009 wird mit der Anlage 7 (KInvFG nicht enthalten) zur Verfügung gestellt.

9. Welche weiteren Programme plant die Bundesregierung mit dem Ziel, die Kinderbetreuung zu unterstützen, zukünftig aufzulegen bzw. zu verstetigen, wie z. B. KitaPlus, Sprachkitas etc. (bitte jeweils nach Programm, geplanter Laufzeit des Programmes, Jahren, geplantes Fördervolumen und wenn möglich Verteilung nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Zum Januar 2019 ist das Bundesprogramm „ProKindertagespflege: Wo Bildung für die Kleinsten beginnt“ gestartet. Es fördert die Weiterentwicklung der Kindertagespflege im Hinblick der Qualifizierung als auch der Tätigkeitsbedingungen. Das Programm läuft bis zum 31. Dezember 2021.

Die Bundesprogramme „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ und „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung. Beide Programme haben eine Laufzeit bis Ende des Jahres 2020.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für diese Legislaturperiode sieht die Fortführung und Weiterentwicklung der Bundesprogramme vor. In einem ersten Schritt ist es dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gelungen, die Förderung der ersten Programmwelle der Sprach-Kitas, die in 2019 ausgelaufen wäre, auch in 2020 zu fortzusetzen. Darüber hinaus wird, u. a. auch vor dem Hintergrund der haushalterischen Rahmenbedingungen, durch das BMFSFJ geprüft, wie eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Bundesprogramme Sprach-Kitas und Kita-Einstieg ab 2021 aussehen kann. Dabei fließen die bereits vorliegenden Ergebnisse der Programmevaluationen sowie Rückmeldungen aus der Praxis und der programmbegleitenden Bund-Länder-Steuerungsrunde ein. Diese wurden in einem Zwi-

schenbericht² zusammengefasst und enthalten fachliche Empfehlungen zur Weiterentwicklung.

Die Anforderungen an Fachkräfte in Kitas und der Kindertagespflege sind sehr hoch und in den letzten Jahren stetig gestiegen. Vor dem Hintergrund des qualitativen und quantitativen Ausbaus der Kindertagesbetreuung werden weitere gut qualifizierte und motivierte Fachkräfte benötigt. Deshalb ist es wichtig, mehr Menschen für den wichtigen Beruf der Erzieherin/des Erziehers zu gewinnen. Der Bund unterstützt die Länder mit einem konkreten Beitrag zur Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern und hat eine „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen, Profis binden“ gestartet. Das neue Bundesprogramm fördert zum Ausbildungsjahr 2019/2020 zusätzliche Plätze in der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung, professionelle Anleitung für Fachschülerinnen und Fachschüler und einen Aufstiegsbonus für Erzieherinnen und Erzieher, die eine Zusatzqualifikation erworben haben und besondere Aufgaben übernehmen.

Mit dem Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ unterstützt das BMFSFJ Unternehmen bei der Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuungsplätze. Mit einer inhaltlichen Neuausrichtung soll das Förderprogramm voraussichtlich Anfang 2020 fortgesetzt werden.

Weitere Bundesprogramme im Bereich der Kindertagesbetreuung sind derzeit nicht geplant. Die Plansummen für die Folgejahre können der zu der Antwort zu den Fragen 8 und 10 beigefügten Anlage 7 entnommen werden.

10. Welche weiteren Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 2008 unternommen, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung bzw. der vorschulischen Kinderbetreuung zu unterstützen (bitte detailliert nach Jahren, Fördervolumen und Verteilung auf die Bundesländer aufschlüsseln)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

11. Welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung bzw. der vorschulischen Kinderbetreuung zukünftig zu unterstützen (bitte detailliert nach Jahren, Fördervolumen und Verteilung auf die Bundesländer aufschlüsseln)?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 6 und 7 verwiesen.

12. Wie viele Kindertagesbetreuungsplätze sind seit 2008 neu geschaffen worden (bitte nach Kindern unter drei Jahren und Kindern ab drei Jahren bis zum Schuleintritt, nach Jahren, gesamt und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Anzahl der belegten Plätze seit 2008 kann den Anlagen 8 und 9 entnommen werden. Demnach wurden zwischen 2008 und 2018 rund 425.000 Plätze für unter Dreijährige neu geschaffen.

² https://sprach-kitas.fruehe-chancen.de/fileadmin/PDF/Sprach-Kitas/Zwischenbericht_Langfassung_final.pdf

13. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Kosten für den Neubau bzw. Ausbau eines neuen Kindertagesbetreuungsplatzes, und wie haben sich diese Kosten seit 2008 entwickelt (bitte nach Jahren und wenn möglich nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die tatsächlichen Kosten pro Platz sind von Bundesland zu Bundesland sehr verschieden. Diverse Faktoren spielen dafür eine Rolle. Der Bund erhebt nicht Ausgaben und Kosten der einzelnen Bundesländer im Bereich der Kindertagesbetreuung. Eine valide Darstellung ist folglich nicht möglich. Der Versuch einer Erhebung in 2007 erbrachte folgendes Ergebnis:

Die Länder übernehmen Investitionskosten nur teilweise oder gar nicht und kennen daher die tatsächlichen Kosten nicht. Die Kosten variieren stark nach Gruppenart (Krippe, kleine und große Altersmischung usw.). Die Zuwendungen sind so gestaltet, dass aus den Landeszuschüssen kein Rückschluss auf die tatsächlichen Kosten möglich ist.

Zur Berechnung der durchschnittlichen Platzkosten als Kalkulationsgrundlage für die weiteren Investitionsprogramme wurde die Evaluation des 1. Investitionsprogramms (2008 bis 2013) herangezogen. Hier wurden durchschnittliche Kosten für einen neugebauten Platz im Umfang von 23.136 Euro ermittelt. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Sicherung eines ohne Erhaltungsmaßnahmen vom Wegfall betroffenen Platzes durchschnittlich 3.241 Euro kostet. Unter Berücksichtigung eines Kostenanstieges wurde sodann für das 4. Investitionsprogramm ein aufgerundeter Kostenfaktor im Umfang von 25.000 Euro pro neugebauten Platz sowie von 3.500 Euro pro gesicherten Platz zugrunde gelegt.

14. Wie verteilt sich der laut Bildungsbericht 2018 bestehende Bedarf von 740.000 zusätzlichen Plätzen für alle Kinder bis zum Schuleintritt auf die Bundesländer?

Die im Bildungsbericht angegebenen zusätzlichen Platzbedarfe können nicht nach Bundesländern aufgeschlüsselt werden.

15. Mit welchen Kosten für Neu- und Ausbau ist nach Kenntnis der Bundesregierung für die Schaffung von 740.000 zusätzlichen Plätzen für alle Kinder bis zum Schuleintritt verbunden?

Aufgrund der Unterschiedlichkeit der tatsächlichen Kosten pro Platz von Bundesland zu Bundesland kann die Bundesregierung keine pauschale Kostenberechnung angeben.

16. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die tatsächlichen ausbaubedingten Mehrkosten (Investitions- und Betriebskosten) für die Neuschaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen seit 2008 (bitte nach Kindern unter drei Jahren und Kindern ab drei Jahren bis zum Schuleintritt, nach Jahren, gesamt und Bundesländern aufschlüsseln)?
17. Wie hoch war seit 2008 der tatsächliche Anteil des Bundes an den ausbaubedingten Mehrkosten (Investitions- und Betriebskosten) für die Neuschaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Fragen 16 und 17 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 7 verwiesen.

18. Ist die Bundesregierung immer noch bestrebt, ein Drittel der ausbaubedingten Mehrkosten für Kindertagesbetreuung zu übernehmen und damit die Länder und Kommunen finanziell zu entlasten?
Wenn nein, in welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, sich zukünftig und dauerhaft an den Kosten zu beteiligen?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 6 und 7 verwiesen.

19. Wie hoch waren die tatsächlichen ausbaubedingten zusätzlichen Betriebskosten für Kindertagesbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren seit 2009 (bitte nach Jahren, gesamt und Bundesländern aufschlüsseln)?
20. Wie hoch waren die zusätzlichen Betriebskosten, die durch den gleichzeitig stattfindenden Ausbau der Kindertagesbetreuungsplätze für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt anfielen (bitte nach Jahren, gesamt und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 19 und 20 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik der Ausgaben und Einnahmen werden die Betriebskosten weder nach Altersgruppen differenziert, noch können ausbaubedingte Ausgaben identifiziert werden. Eine valide Aussage kann daher nicht getroffen werden. Als Kalkulationsgrundlage des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (2010) wurde von durchschnittlichen Bruttoplatzkosten i. H. v. 9.450 Euro pro Jahr in der Kindertagespflege sowie von 12.000 Euro jährlich in Kindertageseinrichtungen für unter dreijährige Kinder ausgegangen.

Die Länder haben diese Kalkulationsgrundlage im Gesetzgebungsverfahren mitgetragen.

Anlage 1 zu den Fragen 1 und 2

Tab. 1: Öffentliche Ausgaben für die Kindertagesbetreuung, 2008 bis 2017 (in Mio. Euro)

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gesamt	14.498,50	16.223,40	17.835,90	19.033,00	20.358,60	23.013,00	24.617,40	26.355,00	28.460,80	31.354,20
Baden-Württemberg	1.695,40	1.935,60	2.131,60	2.258,90	2.507,90	3.063,70	3.244,80	3.465,20	3.772,00	4.047,50
Bayern	1.947,00	2.249,40	2.553,50	2.803,50	3.064,30	3.570,20	3.739,10	4.360,90	4.581,80	5.109,70
Berlin	842,2	918,9	1.001,60	1.084,70	1.177,50	1.269,40	1.411,80	1.480,50	1.585,60	1.737,10
Brandenburg	573,9	643	688,3	738	763,1	823,8	871,7	907,7	1.001,80	1.088,20
Bremen	119,5	134,5	145,4	154,2	171,3	181,1	200	218,3	236,1	502,7
Hamburg	410,4	457,9	485,6	500,5	560,8	570,2	593,2	698,8	744,6	801,8
Hessen	1.302,80	1.414,70	1.493,80	1.615,00	1.701,70	1.975,60	2.162,60	2.208,20	2.388,00	2.538,10
Mecklenburg-Vorpommern	260	310,8	323,2	343,9	362	400,5	420,5	451,8	498,5	514,4
Niedersachsen	1.097,60	1.271,80	1.498,70	1.563,40	1.605,00	1.835,10	1.981,60	2.108,20	2.306,80	2.500,50
Nordrhein-Westfalen	3.104,70	3.377,50	3.674,20	3.920,60	4.133,90	4.540,00	4.897,20	5.154,20	5.614,40	6.346,00
Rheinland-Pfalz	712,3	806,1	938,7	1.023,70	1.092,90	1.205,70	1.295,60	1.346,70	1.456,80	1.578,30
Saarland	167,3	172,1	211,2	221,9	244,3	269,4	281,3	290,3	301,3	327,2
Sachsen	994,4	1.145,40	1.199,10	1.193,20	1.267,00	1.396,80	1.474,40	1.512,70	1.625,70	1.747,60
Sachsen-Anhalt	472,1	529,3	538,7	555,7	585,5	644,2	733,1	762,4	842,4	882,1
Schleswig-Holstein	397,9	405,9	443,8	502,8	547,3	645,3	684,7	751,7	842	923,1
Thüringen	393,2	439,3	493	539,7	563,4	611,6	617,3	628,4	653,6	701,1
Bund	8	11,3	15,5	13,3	10,6	10,5	8,3	9,1	9,4	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Ausgaben und Einnahmen; verschiedene Jahrgänge; Berechnungen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Anlage 1

Tab. 2: Einnahmen für Tageseinrichtungen für Kinder, 2008 bis 2017 (in Mio. Euro) – Teileinnahme im Bereich Kindertagesbetreuung

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gesamt	1.494,80	1.649,50	1.653,10	1.680,80	1.454,60	1.605,30	1.729,00	1.780,90	1.891,40	2.017,10
Baden-Württemberg	161,6	175,6	191,6	220,5	244,3	278,3	326,1	320,1	342,4	380
Bayern	176,1	201,3	191,7	205,4	211,1	216,6	222,2	249,1	267,5	296,7
Berlin	0,4	0,2	0,3	0	24,6	21,7	27,7	29,8	27,8	20,6
Brandenburg	78	82	87,9	89	89,5	99,9	100,6	113,8	111,4	123,8
Bremen	4,1	4,2	4,4	4,6	4,8	5,2	5,8	6,4	8	8,4
Hamburg	0	0	0	0	0	0	0,5	0,3	0	3,2
Hessen	139,3	146,4	155,4	166,9	161,9	182,2	203	199,7	214,1	232
Mecklenburg-Vorpommern	21	20,1	21,7	20,9	20,5	20,5	22,7	24,9	26,8	23,2
Niedersachsen	97,8	101,8	109,6	119	122,2	132,3	141,4	144,5	159,1	171,4
Nordrhein-Westfalen	475,9	566	522	487	180,8	230,8	238,1	239	247,8	253,1
Rheinland-Pfalz	52,7	54	60,8	42	36,9	40,9	42	45,3	45,9	48,1
Saarland	9,1	10	10,8	11,1	12,7	15,1	17	19,6	19,8	24
Sachsen	125,7	124,5	131,7	144,3	158,1	162,4	170,5	176,9	188,4	190
Sachsen-Anhalt	68,8	68,8	68,3	71,6	78	78,7	83	88,5	93,1	92,9
Schleswig-Holstein	43,6	55,6	54,9	53,4	58,1	66,3	66,2	68,2	80	87,1
Thüringen	39,9	38	41,1	44,3	50,5	53,9	61,6	54,2	58,5	61,9
Bund	0,7	1	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,8	0,6

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Ausgaben und Einnahmen; verschiedene Jahrgänge; Berechnungen der Arbeitsstelle Kinder-

Anlage 2 zu Frage 4

Tabelle 1: Gesamtübersicht Bundesbeteiligung seit 2008 mit Finanzhilfen (Investitionsprogramme Kinderbetreuungsfinanzierung) und via Umsatzsteuerverteilung

Bundesbeteiligung Kitaausbau in Mrd. €										
Jahr	InvestP 1	InvestP 2	InvestP 3	InvestP 4	Summe InvestP	Betriebskosten via Umsatzsteuerverteilung	Mittel aus Betreuungsgeld via Umsatzsteuerverteilung	Summe via Umsatzsteuer verteilung	Gesamt InvestP & Umsatzsteuer verteilung	
2008	0,38				0,38				0,38	
2009	0,37				0,37	0,1		0,1	0,47	
2010	0,36				0,36	0,2		0,2	0,56	
2011	0,35				0,35	0,35		0,35	0,7	
2012	0,35				0,35	0,5		0,5	0,85	
2013	0,34	0,32			0,66	0,719		0,719	1,379	
2014		0,26			0,26	0,808		0,808	1,068	
Summe 2008-14	2,15	0,58			2,73	2,677		2,677	5,407	
2015						0,845		0,845	0,845	
2016			0,23		0,23	0,845	0,339	1,184	1,414	
2017			0,22	0,226	0,446	0,945	0,774	1,719	2,165	
2018			0,1	0,3	0,4	0,945	0,87	1,815	2,215	
2019				0,3	0,3	0,845		0,845	1,145	
2020				0,3	0,3	0,845		0,845	1,145	
Summe 2015-20			0,55	1,126	1,676	5,27	1,983	7,253	8,929	
Gesamtsumme 2008 - 2020	2,15	0,58	0,55	1,126	4,406	7,947	1,983	9,93	14,336	

Anlage 3 zu Frage 6

1. Investitionsprogramm (2008-2013); Gesamtbewilligungen, Abrufe, 2013 – 2015; Abrufe gesamt, **Abschlusstabelle**

Bundesland	Investitionsprogramm 2008 – 2013						Anteil am Verfügungsrahmen	
	Verfügungsrahmen gesamt	Bewilligte Mittel	Anteil am Verfügungsrahmen	2013	2014	2015		Abrufene Mittel
Baden-Württemberg	296.769.496,00 €	296.764.586,00 €	100,00%	65.188.229,54 €	47.544.332,87 €	937.100,38 €	296.754.837,54 €	100,00%
Bayern	339.933.070,00 €	339.933.070,00 €	100,00%	21.899.762,00 €	7.901.471,00 €	12.546.938,00 €	339.933.070,00 €	100,00%
Berlin	87.443.730,00 €	87.443.730,00 €	100,00%	13.281.165,13 €	1.881.611,96 €	49.522,86 €	87.443.730,00 €	100,00%
Brandenburg	56.785.252,00 €	56.785.252,00 €	100,00%	13.808.687,17 €	4.500.000,00 €	740.000,00 €	56.779.101,69 €	99,99%
Bremen	16.472.892,00 €	16.472.892,00 €	100,00%	1.963.771,36 €	0,00 €	0,00 €	16.472.892,00 €	100,00%
Hamburg	47.543.065,00 €	47.543.065,00 €	100,00%	0,00 €	0,00 €	0,00 €	47.543.065,00 €	100,00%
Hessen	165.222.342,00 €	165.222.338,00 €	100,00%	19.786.088,00 €	4.032.656,00 €	909.559,00 €	165.122.955,00 €	99,94%
Mecklenburg-Vorpommern	39.083.405,00 €	39.050.118,22 €	99,91%	2.106.051,73 €	704.912,23 €	188.872,08 €	38.987.725,17 €	99,76%
Niedersachsen	213.918.765,00 €	213.918.765,00 €	100,00%	35.235.231,94 €	15.368.332,03 €	2.826.830,62 €	213.918.765,00 €	100,00%
Nordrhein-Westfalen	481.516.174,00 €	481.516.174,00 €	100,00%	68.617.057,00 €	18.243.944,63 €	5.384.060,40 €	481.498.062,03 €	100,00%
Rheinland-Pfalz	103.520.251,00 €	103.520.251,00 €	100,00%	19.585.853,21 €	8.496.693,88 €	0,00 €	103.520.251,00 €	100,00%
Saarland	23.283.731,00 €	23.283.731,00 €	100,00%	3.312.161,07 €	0,00 €	0,00 €	23.283.731,00 €	100,00%
Sachsen	100.023.401,00 €	100.006.522,04 €	99,98%	19.153.986,67 €	2.970.050,61 €	37.699,47 €	100.006.522,04 €	99,98%
Sachsen-Anhalt	52.363.876,00 €	52.363.869,32 €	100,00%	11.337.027,44 €	1.924.642,42 €	1.148.868,59 €	52.363.869,32 €	100,00%
Schleswig-Holstein	74.213.316,00 €	74.212.985,67 €	100,00%	9.798.362,69 €	4.088.181,52 €	49.274,93 €	74.212.985,67 €	100,00%
Thüringen	51.907.234,00 €	51.907.234,02 €	100,00%	11.108.234,00 €	0,00 €	0,00 €	51.907.234,00 €	100,00%
Deutschland gesamt	2.150.000.000,00 €	2.149.944.583,27 €	100,00%	316.181.668,95 €	117.656.829,15 €	24.816.636,33 €	2.149.748.796,46 €	99,99%

Anlage 4

2. Investitionsprogramm (2013-2014): Gesamtbewilligungen, Abrufe 2013 – 2016, Abrufe gesamt; **Abschlusstabelle**

Bundesland	Investitionsprogramm 2013 – 2014				Anteil am Verfügungsrahmen	Abgerufene Mittel	Anteil am Verfügungsrahmen
	Verfügungsrahmen gesamt	Bewilligte Mittel	2013	2014			
Baden-Württemberg	78.158.863,72 €	78.158.863,00 €	17.426.488,52 €	39.335.209,03 €	18.747.799,59 €	2.235.507,59 €	77.745.004,73 €
Bayern	90.874.302,83 €	90.874.152,00 €	29.709.150,00 €	28.995.377,00 €	14.834.150,00 €	17.335.475,00 €	90.874.152,00 €
Berlin	27.670.640,93 €	27.670.640,93 €	6.942.468,74 €	14.965.432,95 €	4.122.629,95 €	1.640.109,29 €	27.670.640,93 €
Brandenburg	16.508.546,40 €	16.508.519,00 €	0,00 €	8.524.140,27 €	3.682.699,25 €	4.301.479,48 €	16.508.319,00 €
Bremen	4.646.364,71 €	4.646.364,71 €	3.245.219,63 €	1.307.844,51 €	93.300,57 €	0,00 €	4.646.364,71 €
Hamburg	14.111.625,42 €	14.111.625,42 €	10.681.410,29 €	3.430.215,13 €	0,00 €	0,00 €	14.111.625,42 €
Hessen	44.134.197,00 €	44.134.197,00 €	19.655.409,00 €	19.588.891,00 €	4.600.247,00 €	289.648,00 €	44.134.195,00 €
Niedersachsen	54.678.776,75 €	54.678.776,75 €	1.699.663,00 €	5.299.113,47 €	3.914.074,17 €	1.111.868,85 €	11.235.977,02 €
Nordrhein-Westfalen	126.434.368,85 €	126.434.159,00 €	41.150.000,00 €	12.635.102,84 €	30.223.738,40 €	10.120.272,51 €	54.678.776,75 €
Rheinland-Pfalz	27.191.200,13 €	27.191.200,00 €	3.877.790,76 €	11.270.942,59 €	26.360.632,32 €	1.287.089,44 €	126.337.535,07 €
Saarland	6.045.600,00 €	6.045.600,00 €	3.199.380,00 €	2.407.250,00 €	438.403,80 €	0,00 €	6.045.633,80 €
Sachsen	29.574.171,09 €	29.574.171,09 €	12.268.829,11 €	12.529.242,03 €	4.272.783,55 €	386.246,81 €	29.457.101,50 €
Sachsen-Anhalt	14.876.284,38 €	14.876.284,38 €	6.085.735,61 €	5.798.961,32 €	1.767.433,26 €	1.224.154,19 €	14.876.284,38 €
Schleswig-Holstein	19.533.239,42 €	19.533.239,42 €	2.244.612,77 €	6.420.213,69 €	8.362.191,34 €	2.179.562,98 €	19.206.580,78 €
Thüringen	14.805.163,57 €	14.805.163,57 €	4.500.000,00 €	9.250.000,00 €	940.764,56 €	114.399,01 €	14.805.163,57 €
Deutschland gesamt	580.500.000,00 €	580.499.611,07 €	163.597.077,96 €	240.584.838,58 €	133.116.224,97 €	42.225.813,15 €	579.523.954,66 €

Anlage 5 zu Frage 6

3. Investitionsprogramm (2015-2018): Gesamtbewilligungen, Abrufe, 2016-2019, Abrufe gesamt, Stand November 2019

Bundesland	Verfügungsrahmen Gesamtwürfel		bewilligte Mittel	% - Anteil	Investitionsprogramm 2015 - 2018				abgenutzte Mittel	% - Anteil
	2016	2017			2018	2019	2019			
Baden-Württemberg	73.762.468,00 €	73.761.652,66 €	73.761.652,66 €	100,00%	24.798.802,29 €	14.553.534,47 €	15.194.519,96 €	12.651.584,72 €	67.198.141,44 €	91,10%
Bayern	86.968.023,00 €	86.968.023,00 €	86.968.023,00 €	100,00%	7.780.900,00 €	15.687.100,00 €	63.500.023,00 €	0,00 €	86.968.023,00 €	100,00%
Berlin	27.161.398,00 €	27.161.433,04 €	27.161.433,04 €	100,00%	12.502.927,17 €	8.855.475,83 €	4.553.245,99 €	1.249.784,05 €	27.161.433,04 €	100,00%
Brandenburg	15.597.452,00 €	15.597.452,00 €	15.597.452,00 €	100,00%	1.892.939,02 €	4.187.383,85 €	984.072,73 €	6.000.000,00 €	13.064.395,60 €	83,80%
Bremen	4.397.979,00 €	4.397.979,00 €	4.397.979,00 €	100,00%	1.508.000,00 €	1.442.000,00 €	1.448.000,00 €	0,00 €	4.398.000,00 €	100,00%
Hamburg	13.599.476,00 €	13.599.493,54 €	13.599.493,54 €	100,00%	5.525.933,87 €	3.985.009,81 €	3.219.181,86 €	141.036,00 €	12.871.161,54 €	94,60%
Hessen	42.262.801,00 €	42.095.754,00 €	42.095.754,00 €	99,60%	8.582.773,00 €	12.647.336,00 €	12.238.574,00 €	7.137.207,00 €	40.605.890,00 €	96,10%
Mecklenburg-Vorpommern	10.538.885,00 €	10.538.885,00 €	10.538.885,00 €	100,00%	278.766,89 €	2.138.004,05 €	4.346.659,05 €	2.123.910,82 €	8.887.340,81 €	84,30%
Niedersachsen	50.994.727,00 €	50.994.792,78 €	50.994.792,78 €	100,00%	1.282.656,46 €	11.212.867,79 €	22.291.452,39 €	10.710.458,20 €	45.497.434,84 €	89,20%
Nordrhein-Westfalen	118.631.959,00 €	118.632.112,00 €	118.632.112,00 €	100,00%	67.071.978,12 €	32.761.172,76 €	16.828.791,87 €	1.195.066,52 €	117.857.009,27 €	99,30%
Rheinland-Pfalz	25.861.025,00 €	25.861.025,00 €	25.861.025,00 €	100,00%	3.014.409,94 €	6.795.994,10 €	6.945.029,99 €	7.520.765,77 €	24.276.199,80 €	93,90%
Saarland	5.701.054,00 €	5.431.054,01 €	5.431.054,01 €	95,30%	540.733,33 €	1.815.102,54 €	771.738,84 €	131.600,00 €	3.259.174,71 €	57,20%
Sachsen	28.322.629,00 €	28.322.629,00 €	28.322.629,00 €	100,00%	12.375.738,18 €	8.882.975,07 €	6.651.901,63 €	381.267,00 €	28.291.881,88 €	99,90%
Sachsen-Anhalt	13.843.178,00 €	13.843.178,00 €	13.843.178,00 €	100,00%	718.047,72 €	5.857.674,55 €	5.548.143,09 €	1.719.312,64 €	13.843.178,00 €	100,00%
Schleswig-Holstein	18.194.686,00 €	18.194.000,00 €	18.194.000,00 €	100,00%	4.599.071,25 €	6.459.905,33 €	4.110.792,76 €	1.844.536,40 €	17.014.305,74 €	93,50%
Thüringen	14.162.260,00 €	14.161.951,87 €	14.161.951,87 €	100,00%	3.823.623,48 €	6.689.395,37 €	3.534.168,92 €	75.689,98 €	14.122.877,75 €	99,70%
Deutschland gesamt	550.000.000,00 €	549.561.414,90 €	549.561.414,90 €	99,90%	156.297.000,72 €	143.970.931,52 €	172.166.296,08 €	52.882.219,10 €	525.316.447,42 €	95,50%

Anlage 6 zu den Fragen 6, 7 und 18

4. Investitionsprogramm (2017-2020): Gesamtbewilligungen, Abrufe 2017-2019, Abrufe gesamt; Stand Ende November 2019

Bundesland	Investitionsprogramm 2017 - 2020							% - Anteil
	Verfügungsrahmen Gesamtlaufzeit	Bewilligte Mittel	% - Anteil	2017	2018	2019	abgenufene Mittel	
Baden-Württemberg	152.172.558,00 €	151.849.939,97 €	99,80%	72.401,00 €	12.214.861,18 €	33.303.729,55 €	45.590.991,73 €	30,00%
Bayern	178.245.888,00 €	178.245.880,00 €	100,00%	2.542.000,00 €	43.385.900,00 €	0,00 €	45.927.900,00 €	25,80%
Berlin	54.933.698,00 €	50.892.246,00 €	92,60%	2.037.982,00 €	11.624.934,00 €	11.885.591,08 €	25.548.507,08 €	46,50%
Brandenburg	32.367.096,00 €	14.761.703,13 €	45,60%	0,00 €	0,00 €	2.000.000,00 €	2.000.000,00 €	6,20%
Bremen	9.053.831,00 €	6.642.521,00 €	73,40%	1.490.103,00 €	2.740.207,00 €	1.524.198,00 €	5.754.508,00 €	63,60%
Hamburg	27.184.423,00 €	14.872.842,35 €	54,70%	0,00 €	5.072.868,08 €	2.502.378,51 €	7.575.246,59 €	27,90%
Hessen	86.355.327,00 €	62.100.683,00 €	71,90%	0,00 €	4.255.495,00 €	17.651.377,00 €	21.906.872,00 €	25,40%
Mecklenburg-Vorpommern	21.249.151,00 €	17.233.310,94 €	81,10%	0,00 €	0,00 €	2.244.078,47 €	2.244.078,47 €	10,60%
Niedersachsen	105.640.980,00 €	105.640.980,00 €	100,00%	0,00 €	7.828.388,89 €	8.878.772,86 €	16.707.161,75 €	15,80%
Nordrhein-Westfalen	242.969.021,00 €	240.474.138,00 €	99,00%	0,00 €	37.576.555,98 €	57.500.000,00 €	95.076.555,98 €	39,10%
Rheinland-Pfalz	53.377.790,00 €	31.274.987,00 €	58,60%	0,00 €	2.533.507,83 €	6.233.725,59 €	8.767.233,42 €	16,40%
Saarland	11.527.423,00 €	11.346.066,73 €	98,40%	0,00 €	43.439,29 €	1.075.584,36 €	1.119.023,65 €	9,70%
Sachsen	57.155.884,00 €	53.755.189,27 €	94,10%	1.253.794,12 €	5.264.458,48 €	4.003.844,70 €	10.522.097,30 €	18,40%
Sachsen-Anhalt	27.828.851,00 €	27.828.851,00 €	100,00%	0,00 €	0,00 €	3.253.378,04 €	3.253.378,04 €	11,70%
Schleswig-Holstein	37.370.657,00 €	37.344.672,21 €	99,90%	0,00 €	3.453.330,05 €	5.257.708,53 €	8.711.038,58 €	23,30%
Thüringen	28.567.422,00 €	28.346.632,27 €	99,20%	0,00 €	2.075.679,56 €	5.300.000,00 €	7.375.679,56 €	25,80%
Deutschland gesamt	1.126.000.000,00 €	1.032.615.642,87 €	91,70%	7.396.280,12 €	138.069.625,34 €	162.614.366,69 €	308.080.272,15 €	27,40%

Anlage 7 zu den Fragen 8 und 10

1.1 Mittel, die der Bund für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung stellt

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	in Mio. Euro														
Umsatzsteueranteile															
Umsatzsteueranteile KiTaGG		100	200	350	500	719	808	845	845	945	945	845	845	845	845
Bereitstellungsgeld								339	774		870				
Gute-KiTa-Gesetz												500	1000	2000	2000
Investitionsprogramme															
1. Investitionsprogramm (2008 bis 2013)	380	370	360	350	350	340									
2. Investitionsprogramm (2013 bis 2014)						320	260								
3. Investitionsprogramm (2015 bis 2018)									230	220	100				
4. Investitionsprogramm (2017 bis 2020) (geplant)										226	300	300	300		
Bundesprogramme															
Schwerpunkte-KiTaS				56	86	100	95	74							
Lernort Praxis (LOP): Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)						1	3	3	3	2	1				
Qualität vor Ort							2	2	3	4	3				
Sprach-KiTaS I							84	75	84	75	90	95	95		
Sprach-KiTaS II										75	90	95	95		
KiTa-Einstieg							8	8	18	25	18	25	25		
KiTaPlus									8	15	14	16			
Kindertagespflege									3	5	4				
ProKindertagespflege												7,5	7,5	7,5	
Fachkräfteoffensive												40	60	60	
Berufliche Kinderbetreuung												5	5	3	3
Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF)												2	2	2	2
Haus der kleinen Forscher												8	8	9	11
KfW Förderprogramm (1,066 Kreditzusagen mit einem Volumen von rund 550 Mio. Euro für zinsverbilligte Kredite; Schaffung / Erhalt von rd. 28.500 KiTaPlätzen)															
Gesamt	382	472	563	762	948	1495,5	1186	946	1537	2369	2451,5	1941,5	2448	2832,5	2864,5

Anlage 8 zu Frage 12

Belegte Plätze vom Kindern unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege nach Ländern, 2008 - 2018*

Land	2008**	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	364.190	413.707	470.401	514.484	558.208	596.289	660.750	693.343	719.558	762.361	789.559
Baden-Württemberg	38.582	44.022	50.570	57.007	62.732	67.948	76.295	78.729	82.534	89.320	93.412
Bayern	42.807	50.424	59.436	65.617	73.003	79.714	88.700	92.668	95.243	100.121	103.194
Berlin	35.966	38.235	39.908	40.683	41.820	43.890	46.984	48.885	50.589	51.636	51.809
Brandenburg	24.903	27.287	29.276	29.892	30.708	30.960	33.164	33.407	34.549	35.349	36.063
Bremen	2.078	2.234	2.639	3.198	3.432	3.776	4.447	4.698	5.033	5.272	5.783
Hamburg	11.027	10.846	14.073	16.036	17.738	19.337	21.939	23.057	23.977	26.483	26.785
Hessen	22.448	25.359	30.078	33.352	36.729	40.134	45.078	47.713	50.034	53.406	55.523
Mecklenburg-Vorpommern	16.920	19.037	19.740	20.447	21.025	21.251	21.562	21.719	22.367	22.777	22.995
Niedersachsen	18.190	23.328	30.532	35.669	41.772	46.134	52.830	55.318	58.176	64.067	68.176
Nordrhein-Westfalen	42.632	52.092	62.415	70.395	79.118	87.185	104.781	117.428	122.774	132.194	139.784
Rheinland-Pfalz	14.688	16.971	19.365	23.549	25.589	27.039	29.617	30.286	31.268	33.761	34.877
Saarland	3.123	3.264	3.782	4.293	4.670	5.181	5.646	6.011	6.389	6.761	7.003
Sachsen	36.164	40.402	43.810	45.844	48.244	49.527	52.297	54.059	55.657	56.871	57.382
Sachsen-Anhalt	26.986	28.529	29.175	29.306	29.559	29.577	29.677	29.843	30.368	30.992	31.222
Schleswig-Holstein	8.146	9.951	12.444	14.819	16.295	17.700	20.290	21.575	21.887	23.882	25.648
Thüringen	19.530	21.726	23.158	24.377	25.774	26.936	27.443	27.947	28.713	29.469	29.903

* Kinder, die sowohl eine Tageseinrichtung als auch Kindertagespflege nutzen, werden nicht doppelt gezählt.

** Im Jahr 2008 werden Kinder, die sowohl eine Tageseinrichtung als auch Kindertagespflege nutzen, doppelt gezählt.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Tagespflege; versch. Jahrgänge; Berechnungen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Anlage 9 zu Frage 12

Belegte Plätze vom Kindern zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege nach Ländern, 2008 - 2018*

Land	2008**	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	3 Jahre bis Schuleintritt										
Deutschland	2.325.356	2.286.011	2.257.793	2.257.556	2.251.340	2.260.487	2.282.242	2.294.483	2.333.326	2.374.877	2.426.938
Baden-Württemberg	325.153	319.022	313.140	312.820	309.358	308.338	310.082	309.575	315.121	320.602	328.106
Bayern	354.206	346.430	341.037	341.616	344.000	346.689	351.253	354.918	362.681	370.849	380.196
Berlin	82.175	83.522	85.575	89.243	92.742	96.276	99.901	103.273	106.904	110.743	114.467
Brandenburg	63.652	63.407	63.505	64.644	66.346	67.629	69.552	70.182	71.545	71.947	73.271
Bremen	16.242	16.281	16.454	16.900	16.982	17.097	17.444	17.510	17.677	18.363	19.126
Hamburg	42.979	42.274	43.467	44.952	45.816	46.908	47.588	48.730	49.225	50.819	53.416
Hessen	180.556	178.981	177.454	177.534	176.987	177.636	179.628	180.172	182.654	186.406	189.581
Mecklenburg-Vorpommern	44.215	44.131	44.394	44.721	45.376	46.219	47.400	47.902	48.228	48.344	48.622
Niedersachsen	233.478	229.973	227.981	223.418	218.090	214.747	214.988	214.568	216.300	220.308	224.906
Nordrhein-Westfalen	523.389	510.333	496.088	490.810	481.613	479.313	479.530	480.158	487.379	494.192	505.525
Rheinland-Pfalz	121.290	115.012	112.301	111.714	111.452	111.655	112.024	112.032	114.433	116.766	119.452
Saarland	26.768	26.078	25.503	25.352	24.951	25.181	25.051	25.239	25.776	25.913	26.371
Sachsen	112.286	113.528	115.433	116.743	119.001	121.718	124.839	126.522	128.605	130.332	132.438
Sachsen-Anhalt	58.754	58.297	58.573	59.168	59.941	60.747	61.385	61.481	61.797	62.285	63.025
Schleswig-Holstein	81.221	80.283	78.674	79.240	79.379	79.981	80.047	80.319	82.108	82.852	83.618
Thüringen	58.992	58.459	58.214	58.661	59.306	60.353	61.530	61.902	62.893	64.156	64.818

* Kinder, die sowohl eine Tageseinrichtung als auch Kindertagespflege nutzen, werden nicht doppelt gezählt.

** Im Jahr 2008 werden Kinder, die sowohl eine Tageseinrichtung als auch Kindertagespflege nutzen, doppelt gezählt.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Tagespflege; versch. Jahrgänge; Berechnungen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

